



# Amtsblatt

## für den Landkreis Elbe-Elster

### Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Elbe-Elster

#### Veröffentlichung der in der 22. Sitzung des Kreistages des Landkreises Elbe-Elster am 08.10.2018 gefassten Beschlüsse bzw. des wesentlichen Inhalts der gefassten Beschlüsse

##### A) in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**Beschluss Nr. BV-644/2018** Bestellung eines Kreiswahlleiters und seiner Stellvertreterin

##### Beschluss:

Der Kreistag beruft Herrn Dirk Gebhard als Kreiswahlleiter und Frau Anett Heppner als stellvertretende Kreiswahlleiterin für die Wahlperiode der Kommunalwahl 2019.

**Beschluss Nr. BV-643/2018** Zahl und Abgrenzung der Wahlkreise im Landkreis Elbe-Elster für die Kreistagswahl 2019

##### Beschluss:

Der Landkreis Elbe-Elster wird für die nächste Wahl zum Kreistag in folgende Wahlkreise eingeteilt:

##### Wahlkreis I:

Stadt Herzberg (Elster), Stadt Schönewalde, Stadt Falkenberg/Elster, Amt Schlieben, Stadt Uebigau-Wahrenbrück.

##### Wahlkreis II:

Stadt Bad Liebenwerda, Stadt Mühlberg/Elbe, Gemeinde Röderland, Stadt Elsterwerda, Amt Plessa, Amt Schradenland.

##### Wahlkreis III:

Stadt Doberlug-Kirchhain, Stadt Finsterwalde, Stadt Sonnewalde, Amt Kleine Elster (Niederlausitz), Amt Elsterland.

**Beschluss Nr. BV-625/2018** Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Elbe-Elster für das Geschäftsjahr 2017

##### Beschluss:

Der Kreistag nimmt den vom Verwaltungsrat der Sparkasse Elbe-Elster festgestellten und mit dem Bestätigungsvermerk des Ostdeutschen Sparkassenverbandes versehenen Jahresabschluss sowie den Lagebericht der Sparkasse Elbe-Elster für das Geschäftsjahr 2017 zur Kenntnis und beschließt gemäß § 26 Abs. 4 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes die Entlastung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Elbe-Elster:

##### Vorsitzender

a) Herr Heinrich-Jaschinski, Christian

##### 1. Stellvertreter

b) Herr Lehmann, Thomas

##### 2. Stellvertreter

c) Herr Dr. Spillecke, Jürgen

##### Mitglieder

d) Herr Dietrich, Waldemar

- e) Frau Frank, Gundula
  - f) Herr Holfeld, Andreas
  - g) Herr Kockel, Marcus
  - h) Herr Koj, Matthias
  - i) Herr Merwart, Dirk
  - j) Herr Müller, Stephan
  - k) Herr Raum, Bernd
  - l) Frau Schreiber, Anja
  - m) Frau Schülzchen, Cornelia
  - n) Herr Steinberger, Peter
  - o) Herr Terne, Markus
- Stellvertretende Mitglieder**
- p) Frau Busse, Tanja
  - q) Herr Koch, Tilo
  - r) Frau Thor-Böhm, Susann

**Beschluss Nr. BV-639/2018** Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Elbe-Elster

##### Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Elbe-Elster.

**Beschluss Nr. BV-627/2018** Jugendwohnheim: Zuständigkeit für konzeptionelle Änderungen

##### Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die pädagogisch-inhaltliche Bearbeitung der Konzepte des Jugendwohnheims und des Internates an den Jugendhilfeausschuss zu übergeben. Der Kreistag behält sich vor, Entscheidungen bezüglich Schließung, Erweiterung oder zu grundsätzlichen strukturellen Änderungen selbst zu treffen.

**Beschluss Nr. BV-638/2018** Jugendförderplan 2019 bis 2020

##### Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Elbe-Elster beschließt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Haushaltsplanes für die Jahre 2019 und 2020, den Jugendförderplan 2019 bis 2020 gemäß § 24 Abs. 2 AGKJHG des Landes Brandenburg.

**Beschluss Nr. BV-650/2018** Berufung eines stellvertretenden Mitgliedes im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

##### Beschluss:

Herr Steffen Fröschke wird zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport berufen.

**Beschluss Nr. BV-651/2018** Berufung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

##### Beschluss:

Herr Steffen Fröschke wird zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses berufen.

**Beschluss Nr. Geprüfter Jahresabschluss 2017 des  
BV-629/2018 Eigenbetriebes Rettungsdienst**

**Beschluss:**

1. Der Kreistag stellt den geprüften Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Elbe-Elster fest.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 75.433,37 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.
3. Der Kreistag beschließt die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Wirtschaftsjahr 2017.

**Beschluss Nr. Geprüfter Jahresabschluss 2017 des Ei-  
BV-632/2018 genbetriebes Kreisstraßenmeisterei**

**Beschluss:**

1. Der Kreistag stellt den geprüften Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Kreisstraßenmeisterei fest.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 55.069,26 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.
3. Der Kreistag beschließt die Entlastung der Werkleitung der Kreisstraßenmeisterei für das Wirtschaftsjahr 2017.

## Bekanntmachung

### Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Kreisstraßenmeisterei

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 8. Oktober 2018 folgenden Beschluss gefasst (BV-632/2018):

1. Der Kreistag stellt den geprüften Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Elbe-Elster fest.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 55.069,26 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.
3. Der Kreistag beschließt die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes Kreisstraßenmeisterei für das Wirtschaftsjahr 2017.

*Der Beschluss des Kreistages über den geprüften Jahresabschluss wird hiernach gemäß § 33 Abs. 3 Eigenbetriebsverordnung bekannt gemacht. Der Jahresabschluss einschließlich des Bestätigungsvermerks liegt im Büro des Landrates/Beteiligungscontrolling (Zimmer 014) im Verwaltungsgebäude der Kreisverwaltung des Landkreises Elbe-Elster, Ludwig-Jahn-Straße 2, 04916 Herzberg (Elster), vom 05.11.2018 bis 12.11.2018 während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.*

Herzberg (Elster), den 10. Oktober 2018

Christian Heinrich-Jaschinski  
Landrat

## Bekanntmachung

### Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Rettungsdienst

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 8. Oktober 2018 folgenden Beschluss gefasst (BV-629/2018):

1. Der Kreistag stellt den geprüften Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Elbe-Elster fest.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 75.433,37 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.
3. Der Kreistag beschließt die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Wirtschaftsjahr 2017.

*Der Beschluss des Kreistages über den geprüften Jahresabschluss wird hiernach gemäß § 33 Abs. 3 Eigenbetriebsverordnung bekannt gemacht. Der Jahresabschluss einschließlich des*

*Bestätigungsvermerks liegt im Büro des Landrates/Beteiligungscontrolling (Zimmer 014) im Verwaltungsgebäude der Kreisverwaltung des Landkreises Elbe-Elster, Ludwig-Jahn-Straße 2, 04916 Herzberg (Elster), vom 05.11.2018 bis 12.11.2018 während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.*

Herzberg (Elster), den 10. Oktober 2018

Christian Heinrich-Jaschinski  
Landrat

## Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Elbe-Elster

**vom 9. Oktober 2018**

### Präambel

Aufgrund § 131 Abs. 1 i.V.m. §§ 3 Abs. 1 und 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9 sowie §§ 85 Abs. 3, 101 Abs. 2, 102, 105 Abs. 2, 106, 140 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2018 (GVBl. I Nr. 15), sowie §§ 28, 30 und 38 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. November 2017 (GVBl. I Nr. 25), hat der Kreistag des Landkreises Elbe-Elster in seiner Sitzung am 08.10.2018 folgende Änderungssatzung beschlossen:

### Artikel 1

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Elbe-Elster vom 23. September 2014 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Elbe-Elster, Ausgabe Nr. 18, vom 8. Oktober 2014), zuletzt geändert durch die Erste Änderungssatzung vom 11. Oktober 2016 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Elbe-Elster, Ausgabe Nr. 17, vom 19. Oktober 2016) wird wie folgt geändert:

In § 2 Abs. 2 (Kostenmaßstab, Kostensatz) wird der Betrag von „48,80 €“ durch den Betrag von „53,16 €“ ersetzt.

### Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2019 in Kraft.

Herzberg (Elster), den 9. Oktober 2018

Christian Heinrich-Jaschinski  
Landrat

## Sitzungsplan für den Zeitraum

### 1. November 2018 bis 30. November 2018

Die Sitzungen des Kreistages des Landkreises Elbe-Elster und seiner Ausschüsse finden zu folgenden Terminen statt:

- |            |   |
|------------|---|
| 12.11.2018 | Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport<br>Mitteldeutsches Marionettentheatermuseum,<br>Burgplatz 2 in 04924 Bad Liebenwerda<br>Beginn: 17.00 Uhr           |
| 13.11.2018 | Jugendhilfeausschuss<br>Sitzungszimmer 137, Ludwig-Jahn-Straße 2<br>in 04916 Herzberg (Elster)<br>Beginn: 17.00 Uhr   |
| 14.11.2018 | Ausschuss für Kreisentwicklung, Landwirtschaft<br>und Umwelt<br>Sitzungszimmer 137, Ludwig-Jahn-Straße 2<br>in 04916 Herzberg (Elster)<br>Beginn: 17.00 Uhr |

- 15.11.2018 Ausschuss für Familie, Soziales und Gesundheit  
Sitzungszimmer 137, Ludwig-Jahn-Straße 2  
in 04916 Herzberg (Elster)  
Beginn: 17.00 Uhr
- 21.11.2018 Werksausschuss Eigenbetrieb Kreisstraßenmeisterei  
Betriebsteil Elsterwerda, Dresdener Straße 13  
in 04910 Elsterwerda  
Beginn: 16.00 Uhr
- 22.11.2018 Werksausschuss Eigenbetrieb Rettungsdienst  
Sitzungszimmer 208, An der Lanfter 5  
in 04916 Herzberg (Elster)  
Beginn: 16.00 Uhr

- 26.11.2018 Kreisausschuss  
Raum 137, Ludwig-Jahn-Straße 2  
in 04916 Herzberg (Elster)  
Beginn: 17.00 Uhr

*(Änderungen bleiben vorbehalten)*

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Kreistagsbüro unter der Telefonnummer 03535 46-1212.

Die Tagesordnung zu den Sitzungen entnehmen Sie bitte dem Internet unter [www.landkreis-elbe-elster.de](http://www.landkreis-elbe-elster.de) Rubrik Verwaltung Online; Kreistag/Kalender.

## Ende der Amtlichen Bekanntmachungen des Landkreises Elbe-Elster

# Bekanntmachungen anderer Behörden und Verbände

## Bekanntmachung

Die Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster hat in ihrer Sitzung am 19. September 2018 die Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung) in Form einer Neufassung beschlossen.

Das Landesamt für Umwelt hat gemäß § 20 Abs. 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) i. V. m. Nr. 1.3 der Anlage zu § 1 der Abfall- und Bodenschutzzuständigkeitsverordnung (AbfBodZV) mit Bescheid vom 1. Oktober 2018 dem Ausschluss der in § 4 Abs. 1 Buchst. a) bis c) bestimmten Abfälle von der Entsorgung bzw. dem Ausschluss der in § 4 Abs. 2 Ziffern 1 bis 10 der Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung) bestimmten Abfälle von einzelnen Phasen der Entsorgung - hier vom Einsammeln und Befördern - zugestimmt.

Die nachstehende Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster (Abfallentsorgungssatzung) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die in der Kommunalverfassung enthalten oder aufgrund der Kommunalverfassung erlassen worden sind, unbeachtlich ist, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gegenüber dem Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschrift über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

Lauchhammer, 11. Oktober 2018

gez. Dr. Bernd Dutschmann  
Verbandsvorsteher

## Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster

### (Abfallentsorgungssatzung)

Aufgrund von § 3 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 8 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl. I S. 40) in der jeweils geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung des

Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster in ihrer Sitzung am 19. September 2018 folgende Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes Schwarze Elster beschlossen:

### I. Abschnitt

#### Allgemeine Bestimmungen

#### § 1

##### Grundsätze

(1) Der Abfallentsorgungsverband entsorgt die in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Rahmen der Gesetze nach Maßgabe dieser Satzung.

(2) Jeder soll durch sein Verhalten dazu beitragen, dass

- Abfälle vermieden,
- nicht vermeidbare Abfälle verwertet,
- nicht verwertbare Abfälle umweltverträglich beseitigt werden.

#### § 2

##### Aufgaben der Abfallwirtschaft

(1) Der Abfallentsorgungsverband betreibt die Abfallentsorgung im Rahmen seiner Pflichten nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) vom 24. Februar 2012 in der jeweils geltenden Fassung und dem Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 in der jeweils geltenden Fassung als öffentliche Einrichtung.

(2) Die Abfallentsorgung umfasst nach Maßgabe des Abfallwirtschaftskonzeptes insbesondere Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, das Gewinnen von Stoffen oder Energie aus Abfällen (Abfallverwertung) und das Einsammeln, Befördern, Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen. Der Abfallentsorgungsverband kann zuverlässige Dritte mit der Erfüllung seiner Pflichten beauftragen.

(3) Der Abfallentsorgungsverband berät und informiert über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Die Erzeuger und Besitzer von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen werden auf die Nutzung von hochwertigen Verwertungsmöglichkeiten hingewiesen.

#### § 3

##### Abfallvermeidung

Jeder Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen des Abfallentsorgungsverbandes hat die Menge der bei ihm anfallenden Abfälle und ihren Schadstoffgehalt so gering wie nach den Umständen möglich und zumutbar zu halten.

## § 4

**Ausgeschlossene Abfälle**

(1) Von der Abfallentsorgung durch den Abfallentsorgungsverband sind ausgeschlossen:

- a) gefährliche Abfälle i. S. d. Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 3 Abs. 5 KrWG, soweit es sich nicht um Abfälle aus privaten Haushaltungen oder eine Menge von mehr als insgesamt 2.000 kg/a und Erzeuger aus anderen Herkunftsbereichen handelt, die gemäß § 15 entsorgt werden,
- b) Abfälle, die der Rücknahmepflicht oder Entsorgungspflicht einer speziellen Verordnung oder eines Gesetzes unterliegen,
- c) Abfälle aus der Geburtshilfe, Diagnose, Behandlung oder Vorbeugung von Krankheiten beim Menschen und Abfälle aus Forschung, Diagnose, Krankenbehandlung und Vorsorge bei Tieren.

**Abfallschlüssel gemäß AVV**

18 01 02 Körperteile und Organe, einschließlich, Blutbeutel und Blutkonserven (außer 18 01 03)

(2) Vom Einsammeln und Befördern durch den Abfallentsorgungsverband ausgeschlossen sind folgende Abfälle:

1. Die im Kapitel 17 der AVV genannten Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) mit Ausnahme geringer Mengen Bau- und Abbruchabfälle, die als Restabfall entsorgt werden;

2. Sperrmüll aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, der nicht den Erfordernissen des § 16 Abs. 4 genügt;

**Abfallschlüssel gemäß AVV**

20 03 07 Sperrmüll

3. Aschen und Schlacken in mehr als haushaltsüblich anfallenden Mengen;

**Abfallschlüssel gemäß AVV**

10 01 01 Rost- und Kesselasche, Schlacken und Kesselstaub mit Ausnahme von Kesselstaub, der unter 10 01 04 fällt

4. Altmetalle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, die nicht den Erfordernissen des § 12 Abs. 1 und 3 genügen;

**Abfallschlüssel gemäß AVV**

20 01 40 Metalle

5. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten, soweit sie nicht nach Abs. 1 von der Entsorgung ausgeschlossen bzw. keine hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle sind;

6. Elektro- und Elektronikaltgeräte aus anderen Herkunftsbereichen in mehr als haushaltsüblich anfallenden Mengen sowie Kältegeräte mit einem Nutzvolumen von mehr als 500 l;

**Abfallschlüssel gemäß AVV**

20 01 23\* gebrauchte Geräte, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten

20 01 35\* gebrauchte elektrische und elektronische Geräte, die gefährliche Bauteile enthalten, mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21 und 20 01 23 fallen

20 01 36 gebrauchte elektrische und elektronische Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21, 20 01 23 und 20 01 35 fallen

7. Solarmodule entsprechend § 13 Abs. 7;
8. Nachtspeicherheizgeräte und -öfen entsprechend § 13 Abs. 7;
9. Schlämme aus der Reinigung / Behandlung kommunaler Abwässer;

**Abfallschlüssel gemäß AVV**

19 08 05 Schlämme aus der Behandlung von kommunalem Abwasser

10. Sperrige Bioabfälle entsprechend § 11 Abs. 5.

(3) Abweichend von Abs. 1 und Abs. 2 kann der Abfallentsorgungsverband mit Zustimmung der zuständigen Behörde allgemein, durch amtliche Bekanntmachung oder im Einzelfall durch Anordnung, Abfälle von der Entsorgung insgesamt oder vom Einsammeln und Befördern ausschließen oder einen solchen Ausschluss wieder aufheben. Der Abfallentsorgungsverband soll die Besitzer dieser Abfälle verpflichten, die Abfälle bis zur rechtswirksamen Entscheidung über den Ausschluss auf dem Grundstück, auf dem sie angefallen sind, so zu lagern, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu besorgen ist.

(4) Soweit Abfälle durch den Abfallentsorgungsverband nach Abs. 1 vollständig von der Entsorgung ausgeschlossen sind, dürfen sie den Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung nicht überlassen werden. Der Besitzer dieser Abfälle ist zu ihrer ordnungsgemäßen Entsorgung nach dem KrWG verpflichtet.

(5) Soweit das Einsammeln und Befördern von Abfällen nach Abs. 2 ausgeschlossen ist, sind die Abfälle einer vom Abfallentsorgungsverband zugewiesenen Abfallentsorgungsanlage zu überlassen. Der Abfallentsorgungsverband kann allgemein durch amtliche Bekanntmachung oder durch Anordnung im Einzelfall eine Überlassung an anderen Abfallentsorgungsanlagen oder Annahmestellen bestimmen. Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen bzw. Annahmestellen bemisst sich nach den jeweiligen Benutzerordnungen. In den Benutzerordnungen können für die Annahme bestimmter Abfälle nach Art und Menge Beschränkungen vorgesehen sowie eine Vorbehandlung verlangt werden, soweit der ordnungsgemäße Betrieb der entsprechenden Abfallentsorgungsanlage dies erfordert.

## § 5

**Anschluss- und Benutzungszwang**

(1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes liegenden Grundstücks, auf dem Abfälle anfallen können, ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlusszwang). Im Rahmen des Anschlusszwangs ist jeder Eigentümer berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes zu verlangen (Anschlussrecht). Den Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Nießbraucher, die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte gleich.

(2) Besteht an dem Grundstück ein Erbbaurecht, Wohnungs- oder Teileigentum, ein Dauernutzungs- oder Dauerwohnrecht, Gebäudeeigentum i. S. d. Art. 233 § 4 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) oder ein Nutzungsrecht i. S. d. Art. 233 § 4 Abs. 2 EGBGB, so ist der jeweils Berechtigte abweichend von Absatz 1 anschlusspflichtig. Soweit weder der Eigentümer noch der Berechtigte i. S. d. Satzes 1 im Grundbuch eingetragen oder die Eigentums- und Berechtigungslage ansonsten ungeklärt ist, ist derjenige anschlusspflichtig, der zum Zeitpunkt des Anschlusses Besitzer des betroffenen Grundstücks ist.

(3) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, ohne Rücksicht auf die Grundbuch- oder Katasterbezeichnung.

(4) Die Anschlusspflichtigen und alle anderen Erzeuger und Besitzer von Abfällen sind verpflichtet, die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes zu benutzen und Abfälle zu überlassen soweit für die Abfälle die Überlassungspflicht gem. § 17 KrWG besteht, diese der Entsorgungspflicht des Abfallentsorgungsverbandes unterliegen und die Entsorgung nicht gemäß § 4 ausgeschlossen ist (Benutzungszwang). Im Rahmen der Entsorgungspflicht des Abfallentsorgungsverbandes sind die Anschlusspflichtigen, die Abfallbesitzer und Erzeuger zur Benutzung der Abfallentsorgung berechtigt (Benutzungsrecht). Sind Abfälle lediglich vom Einsammeln und Befördern durch den Abfallentsorgungsverband ausgeschlossen, besteht das Recht und die Pflicht, die Abfälle zu einer vom Abfallentsorgungsverband bestimmten Entsorgungsanlage zu befördern, um diese zu behandeln, zu lagern oder ablagern zu lassen.

(5) Der Anschlusspflichtige hat auf seinem Grundstück nach Maßgabe von § 19 KrWG alle Maßnahmen zu treffen bzw. zu dulden, die erforderlich sind, um eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung sicherzustellen. Insbesondere haben die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, das Aufstellen der zur Erfassung notwendigen Behältnisse sowie das Betreten des Grundstücks zum Zwecke des Einsammelns und zur Überwachung der Getrennhaltung und Verwertung von Abfällen zu dulden.

(6) Nach Maßgabe des § 7 Satz 1 der Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (GewAbfV) haben Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen, die nicht verwertet werden, diese dem Abfallentsorgungsverband zu überlassen. Dabei haben sie mindestens einen Abfallbehälter des Abfallentsorgungsverbandes oder eines von ihm beauftragten Dritten in angemessenem Umfang zu nutzen.

## § 6

### Ausnahme vom Anschlusszwang

(1) Auf schriftlichen Antrag des Anschlusspflichtigen kann der Abfallentsorgungsverband eine Ausnahmegenehmigung vom Anschlusszwang gem. § 5 für solche Grundstücke erteilen, auf denen Abfälle, die nach § 17 Abs. 1 KrWG dem Abfallentsorgungsverband zur Einsammlung zu überlassen sind, nachweislich nicht anfallen können. Bei Wegfall der Voraussetzungen kann die Ausnahmegenehmigung jederzeit widerrufen werden. Eine teilweise Ausnahme vom Anschlusszwang bezüglich einzelner Abfallarten ist nur auszusprechen, wenn diese in gesonderten Abfallbehältnissen erfasst werden.

(2) Dem Antrag auf Ausnahme vom Anschlusszwang wegen Beseitigung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen in eigenen Anlagen gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 KrWG ist die Genehmigung der jeweiligen Anlage beizufügen.

(3) Das Benutzungsrecht entfällt in dem Umfang, in dem eine Ausnahme vom Anschlusszwang besteht.

(4) Der Abfallentsorgungsverband kann Stichprobenkontrollen durchführen, um zu überprüfen, ob auf dem Grundstück tatsächlich keine Abfälle, für die eine Ausnahme vom Anschlusszwang zugelassen wurde, anfallen können.

## § 7

### Abfalltrennung

(1) Um eine Abfallverwertung zu ermöglichen, sind folgende Stoffe getrennt zu entsorgen:

1. Altpapier (§ 8),
2. Verkaufsverpackungen (§ 9),
3. Alttextilien, Federbetten (§ 10),
4. biologisch abbaubare Abfälle (§ 11),
5. Schrott, Metalle (§ 12),
6. Elektroaltgeräte (§ 13),
7. Batterien, Akkumulatoren (§ 14),
8. gefährliche Abfälle (§ 15),
9. Sperrmüll (§ 16),
10. Restabfall (§ 17),
11. Abfälle aus medizinischen Einrichtungen (§ 18),
12. Bau- und Abbruchabfälle (§ 19)

(2) Diese Abfälle sind getrennt zu überlassen. Werden Abfälle überlassen, bei denen verwertbare Stoffe nach Abs. 1 mit nicht verwertbaren Bestandteilen vermischt wurden, so ist der Abfallentsorgungsverband berechtigt, eine Trennung der verwertbaren Bestandteile auf Kosten des Abfallbesitzers durchzuführen.

## II. Abschnitt

### Art und Weise der Entsorgung

## § 8

### Altpapier

(1) Abfälle, die ausschließlich aus Papier oder Pappe bestehen und nicht verunreinigt sind (Abfallschlüssel 20 01 01 - Papier

und Pappe/Karton), sind in den dafür zugelassenen Abfallbehältern (Papiertonne) oder an den Wertstoffhöfen zu entsorgen.

(2) Es ist verboten, in die Papierbehälter andere Abfälle als Papier und Pappe einzufüllen. Befinden sich in den Papierbehältern andere Abfälle als Papier oder Pappe, wird der Behälter gesondert entleert. Für die Entleerung des Papierbehälters wird in diesem Fall eine Gebühr nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung berechnet.

(3) Die Ablagerung von Altpapier und sonstigen Abfällen neben den Abfallbehältern ist verboten.

## § 9

### Verkaufsverpackungen

(1) Abfälle, die dem Verpackungsgesetz unterliegen, sind über die entsprechenden Sammelsysteme für Verpackungsabfälle zu entsorgen (gelbe Tonne, Container für Behälterglas). Bei Verpackungsabfällen handelt es sich um Abfälle, die typischerweise der Endverbraucher beim Kauf von Waren in Verpackungen erhält. Die Verpackungen können z.B. aus Kunststoff, Holz, Metall, Verbundstoffen, Glas oder Textilien bestehen.

(2) Verpackungsabfälle aus Papier oder Pappe werden nach Maßgabe von § 22 Abs. 4 VerpackG zusammen mit Altpapier nach § 8 gesammelt und verwertet.

## § 10

### Alttextilien und Federbetten

Alttextilien, die noch als Bekleidung verwendet werden können, und Federbetten (Abfallschlüssel 20 01 11) werden auf den Wertstoffhöfen und in Annahmestellen, die vom Abfallentsorgungsverband benannt werden, angenommen. Die Alttextilien und Federbetten werden einer Verwertung zugeführt.

## § 11

### Biologisch abbaubare Abfälle

(1) Biologisch abbaubare Abfälle (Bioabfälle) sind i.S. des KrWG Abfälle, die aus pflanzlichen, tierischen Materialien oder aus Pilzmaterialien bestehen. Nach ihrer Herkunft werden sie auch in

1. Garten- und Parkabfälle,
2. Landschaftspflegeabfälle,
3. Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushalten eingeteilt.

(2) Bioabfälle sind auch Abfälle aus sonstigen Herkunftsbereichen, die den in den Ziffern 1-3 genannten Abfällen nach Art, Beschaffenheit oder stofflichen Eigenschaften vergleichbar sind.

(3) Bioabfälle, insbesondere Küchen- und Speiseabfälle aus dem Gaststätten- und Cateringgewerbe, aus dem Einzelhandel und vergleichbare Abfälle aus Nahrungsmittelverarbeitungsbetrieben, die der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 unterliegen, sind von der Bioabfallsammlung ausgeschlossen.

(4) Bioabfälle sind in den zur Verfügung gestellten Biotonnen und Laubsäcken gemäß § 24 bereitzustellen.

(5) Sperrige Bioabfälle, die das Fassungsvermögen einer Biotonne oder eines Laubsackes übersteigen würden, werden auf den Wertstoffhöfen (§ 28) des Abfallentsorgungsverbandes angenommen.

(6) Für die Verpackung von Bioabfällen darf nur Papier, z. B. Küchenpapier oder Papiertüten, verwendet werden.

(7) Verunreinigte Bioabfälle sind von der Bioabfallsammlung und -entsorgung ausgeschlossen. Verunreinigungen sind z. B. Kunststoffe, Folienbeutel, Glas, Metall, Hygieneartikel, Keramik usw. Für die Entleerung der Biotonne wird in diesem Fall eine Gebühr nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung berechnet.

(8) Abgeschmückte Weihnachtsbäume (frei von Lametta und jeglicher Art von Baumbehang) können an den im Abfallkalender für den Monat Januar bekannt gegebenen Terminen der Entleerung der Biotonnen ab 6.30 Uhr verkehrssicher an der dem Grundstück nächstgelegenen Haltemöglichkeit der Sammelfahrzeuge bereitgestellt werden. Weihnachtsbäume sind auf eine Länge von maximal 2 m zu teilen.

## § 12

### Schrott, Metalle

(1) Die Entsorgung von Abfällen aus Metall (Abfallschlüssel 20 01 40) erfolgt getrennt von der Sperrmüllabfuhr nach § 16. Haushaltstypische Abfälle aus Metall sind z.B. Fahrräder, Metallstühle, Grills, Ofenrohre, Werkzeuge u. ä. Die Abfälle werden auf Anforderung vom Abfallentsorgungsverband abgeholt und sind im Rahmen der Schrottsammlung zur Abfuhr bereitzustellen oder den Wertstoffhöfen zu überlassen. Die Abfälle aus Metall dürfen je Teil eine maximale Länge von 2 m und ein maximales Gewicht von 25 kg nicht überschreiten.

(2) Stoffe und bewegliche Sachen, die kein Schrott oder Metall sind, kann der Abfallentsorgungsverband am Bereitstellungsplatz stehen lassen. In diesem Fall hat der Abfallbesitzer diese unverzüglich und schadlos vom Bereitstellungsplatz zu entfernen.

(3) Im Rahmen der Altmetallsammlung werden auch die Altmetalle aus anderen Herkunftsbereichen erfasst, soweit sie nicht schadstoffhaltig und kein Produktionsabfall sind.

## § 13

### Elektroaltgeräte

(1) Elektrogeräte i. S. dieser Satzung sind Altgeräte aus privaten Haushalten, die im Verbandsgebiet des Abfallentsorgungsverbandes anfallen. Als Altgeräte aus privaten Haushalten gelten auch Elektroaltgeräte aus sonstigen Herkunftsbereichen, soweit sie hinsichtlich ihrer Beschaffenheit mit Elektroaltgeräten aus privaten Haushalten vergleichbar sind. Elektroaltgeräte aus privaten Haushalten, die von Gewerbetreibenden angeliefert werden, gelten als im Verbandsgebiet des Abfallentsorgungsverbandes angefallene Altgeräte aus privaten Haushalten, soweit der Gewerbetreibende oder Vertreiber seine Niederlassung im Verbandsgebiet des Abfallentsorgungsverbandes hat.

(2) Die Entsorgung von Elektroaltgeräten gem. ElektroG (Waschmaschinen, Wäschetrockner, Schleudern, Geschirrspülmaschinen, Elektroherde, Kühlschränke, Gefriertruhen und -schränke, Staubsauger, Küchengeräte, Fernsehgeräte, Radios, CD- und Videogeräte, Computer, Bildschirme, Laptops, Werkzeuge u.a.) erfolgt getrennt von der Sperrmüllabfuhr. Elektroaltgeräte mit einer Kantenlänge von mehr als 25 cm werden nach § 23 gesammelt.

(3) Kühlgeräte (Abfallschlüssel 20 01 23\*) sind entleert (insb. ohne Lebensmittelreste) und abgetaut bereitzustellen.

(4) Elektronische Kleingeräte (Abfallschlüssel 20 01 35\* und 20 01 36) mit einer Kantenlänge von weniger als 25 cm wie Handys, Taschenrechner, Tablets, elektr. Spielzeug etc. sind dem Wertstoffhof, den Sammelstellen für Sonderabfall (Schadstoffmobil) oder jedem Elektro- und Elektronikfachgeschäft mit einer Verkaufsfläche von mehr als 400 m<sup>2</sup> zu überlassen. Sie werden nur dann vom Grundstück nach § 23 eingesammelt, wenn sie gemeinsam mit Elektroaltgeräten bereitgestellt werden, die eine Kantenlänge von mehr als 25 cm aufweisen. Für die Kantenlänge im vorgenannten Sinne ist die größte äußere Abmessung des Elektroaltgerätes maßgebend.

(5) Elektroaltgeräte können zusätzlich auf den Wertstoffhöfen des Abfallentsorgungsverbandes selbst angeliefert werden.

(6) Werden Elektroaltgeräte von Gewerbetreibenden angeliefert, so ist eine Anlieferung von mehr als 10 Geräten hinsichtlich Anlieferort und -zeitpunkt mit dem Verband abzustimmen.

(7) Nachtspeicherheizgeräte und Photovoltaikmodule werden abweichend von den vorgenannten Bestimmungen ausschließlich im Bringsystem auf der MBA Freienhufen nach vorheriger Anmeldung und zu den geltenden Annahmebedingungen angenommen.

(8) Gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 ElektroG haben die Besitzer von Elektroaltgeräten die Altbatterien und Altakkumulatoren, die nicht vom Gerät umschlossen sind, vor Beginn der Sammlung bzw. vor der Abgabe am Wertstoffhof von diesen zu trennen. Die Entsorgung der Batterien erfolgt gemäß § 14.

(9) Leuchtstoffröhren (Abfallschlüssel 20 01 21\*), Energiesparlampen und LEDs, die von der Leuchteinheit ohne Beschädi-

gung getrennt werden können, werden bei der Sammlung gefährlicher Abfälle gemäß § 15 angenommen.

(10) Elektroaltgeräte nach Abs. 1, die nicht der Abholung auf Abruf i. S. von Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 4 Satz 2 unterliegen, aber gleichwohl bereitgestellt werden, kann der Abfallentsorgungsverband bzw. dessen Beauftragter am Bereitstellungsplatz stehen lassen. In diesem Fall hat der Abfallbesitzer diese unverzüglich und schadlos vom Bereitstellungsplatz zu entfernen und nach Maßgabe von Abs. 2 bis 8 an den Annahmestellen des Abfallentsorgungsverbandes oder über Rücknahmesysteme der Hersteller oder Vertreiber zu entsorgen.

(11) Es ist nicht gestattet, die vom Abfallentsorgungsverband zugelassenen Restabfallbehälter zur Entsorgung von Elektroaltgeräten zu nutzen.

## § 14

### Batterien und Akkumulatoren

(1) Batterien und Akkumulatoren (Abfallschlüssel 20 01 33\* und 20 01 34) nach Maßgabe des Batteriegesetzes (BattG) können von privaten Endverbrauchern und in haushaltsüblichen Mengen aus anderen Herkunftsbereichen am Schadstoffmobil oder auf den Wertstoffhöfen abgegeben werden.

(2) Bei lithiumhaltigen Batterien und Akkumulatoren sind vor der Abgabe an der Sammelstelle die Pole mit Klebeband abzukleben.

(3) Eine Rückvergütung des Pfandgeldes für die Abgabe von Fahrzeugaltbatterien erfolgt nicht.

## § 15

### Gefährliche Abfälle

(1) Abfälle aus privaten Haushaltungen, die in der Abfallverzeichnis-Verordnung-AVV in der jeweils geltenden Fassung als gefährlich i. S. d. § 3 Abs. 1 AVV i.V.m. § 48 KrWG gekennzeichnet sind, sind dem Abfallentsorgungsverband zu überlassen. Die Abgabe hat an den mobilen Annahmestellen (Schadstoffmobil) des Abfallentsorgungsverbandes zu erfolgen. Zu diesen Abfällen zählen u.a. Gifte, Laugen, Säuren, Farben, Schädlingsbekämpfungsmittel und Pflanzenschutzmittel, teer- und ölhaltige Rückstände, Düngemittel, Leime, sonstige Chemikalien usw.

(2) Für die Abnahme der Abfälle können Beschränkungen nach Art, Menge, Verpackung in der Benutzerordnung des Schadstoffmobils vorgesehen werden.

(3) Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als private Haushaltungen können gebührenpflichtig an den stationären Annahmestellen oder mengenbedingt nach Absprache am Schadstoffmobil des Abfallentsorgungsverbandes entsorgt werden, soweit die Gesamtmenge von 2.000 kg/a nicht überschritten wird und die Entsorgung der Abfälle nicht ausgeschlossen ist.

(4) Eine direkte Abholung gefährlicher Abfälle vom Grundstück kann kostenpflichtig bestellt werden. Dabei darf kein Behältnis ein Fassungsvermögen über 60 Liter bzw. über 60 kg besitzen.

## § 16

### Sperrmüll

(1) Abfall aus Haushalten, der selbst nach einer zumutbaren Zerkleinerung wegen seines Gewichtes, seiner Sperrigkeit oder Materialbeschaffenheit nicht in die zugelassenen Abfallbehälter passt, diese beschädigen oder ihre Entleerung erschweren könnte (z. B. Möbel und Möbelteile, Matratzen, Teppiche) ist als Sperrmüll (Abfallschlüssel 20 03 07) zu entsorgen, soweit dieser Abfall nicht unter § 7 bis § 15 dieser Satzung fällt.

(2) Kleinteiliger Abfall, der in die Abfallbehälter passt und nur durch das Verpacken sperrig geworden ist, wird nicht über die Sperrmüllabfuhr entsorgt. Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen ist auch in Säcken, Kisten, Kartons oder andere Behälter verpackter Hausmüll.

(3) Aus Möbeln sind vor deren Bereitstellung zur Sperrmüllabholung elektrische Einbaugeräte auszubauen und nach § 13 dem Abfallentsorgungsverband zur Entsorgung zu überlassen. Ist ein

Ausbau nicht möglich, ist dieser Abfall entsprechend § 13 zu entsorgen und als Elektroaltgerät anzumelden.

(4) Von der Sperrmüllabfuhr wird auch der Sperrmüll aus dem gewerblichen Bereich erfasst, wenn der Abfall nach seiner Art und Menge dem aus Haushaltungen nach Abs. 1 entspricht, nicht schadstoffhaltig und kein Produktionsabfall ist. Dafür ist eine gesonderte Gebühr nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung des Abfallentsorgungsverbandes zu entrichten.

(5) Als Sperrmüll bereitgestellte Abfälle, die nicht nach Abs. 1 bis 3 von der Sperrmüllsammlung erfasst werden, können vom Abfallentsorgungsverband auf Kosten des Abfallbesitzers einer gesonderten Entsorgung zugeführt werden. Anderenfalls ist der Abfallbesitzer verpflichtet, diese Abfälle unverzüglich vom Bereitstellungsort zu entfernen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

(6) Sperrmüll, Schrott und Elektroaltgeräte werden auf Antrag (Bestellsystem) zweimal jährlich bis zu einer Menge von 4 m<sup>3</sup> je Abholung abgefahren. Der Abfallentsorgungsverband legt den Abfuhrtermin fest und teilt diesen mindestens drei Tage vorher dem Abfallbesitzer mit.

(7) Anstelle der Abfuhr kann Sperrmüll auch gegen Vorlage einer Wertstoffkarte bis zu einer Menge von 4 m<sup>3</sup> an den Wertstoffhöfen abgegeben werden. Mengen bis zu 0,5 m<sup>3</sup> werden ohne die Vorlage einer Wertstoffkarte an den Wertstoffhöfen angenommen.

(8) Für Mengen über 4 m<sup>3</sup> sind Container für die Entsorgung zu nutzen. Diese sind kostenpflichtig.

(9) Stoffe und bewegliche Sachen, die kein Sperrmüll sind, kann der Abfallentsorgungsverband am Bereitstellungsplatz stehen lassen. In diesem Fall hat der Abfallbesitzer diese unverzüglich und schadlos vom Bereitstellungsplatz zu entfernen.

## § 17

### Restabfall

(1) Restabfall (Abfallschlüssel 20 03 01) ist die Summe aller Abfälle, die wegen Verunreinigung oder Vermischung keiner der getrennt zu sammelnden Abfallfraktionen nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 zugeordnet werden kann.

(2) Restabfall aus privaten Haushaltungen fällt in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung an, insbesondere in Wohnungen und dazugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie z.B. Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.

(3) Restabfall aus Gewerbe sind Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere

1. gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind, sowie
2. Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Abs. 2 genannten Abfälle.

(4) Als Haushalt gilt eine von einer oder mehreren Personen bewirtschaftete in sich abgeschlossene Wohnungseinheit. Als Gewerbebetriebe gelten Anlagen und Einrichtungen, die der Ausübung eines Gewerbes i. S. der Gewerbeordnung oder der Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit dienen. Ihnen gleichgestellt sind öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser und Märkte. Vorübergehend genutzte Objekte i. S. dieser Satzung sind Anlagen, die nur zum zeitweiligen Aufenthalt von Personen bestimmt sind; hierzu zählen insbesondere Wochenendhäuser, Ferienhäuser, Lauben u. ä.

(5) Soweit Abfälle aus Haushaltungen und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle nicht nach Maßgabe der § 8 bis § 16 getrennt entsorgt werden oder nach § 4 ausgeschlossen sind, sind sie Restabfall und in den zugelassenen Restabfallbehältern zu sammeln und zur Entsorgung bereitzustellen.

(6) Andere Stoffe als Restabfälle nach Abs. 1 bis 3 dürfen nicht in Restabfallbehälter eingefüllt werden.

(7) Die Abfallbehälter werden vom Abfallentsorgungsverband gestellt und gehen nicht in das Eigentum des Anschlusspflichtigen über. Nach Wegfall der Anschluss- und der Benutzungspflicht

nach § 5 oder bei Behältertausch hat der Anschlusspflichtige die bereitgestellten Abfallbehälter dem Abfallentsorgungsverband zur Abholung zur Verfügung zu stellen.

(8) Für Restabfälle, die gelegentlich das Fassungsvermögen der vorhandenen Abfallbehälter übersteigen oder die nur gelegentlich anfallen und sich zum Einsammeln in Abfallsäcken eignen, dürfen die vom Abfallentsorgungsverband zugelassenen Abfallsäcke benutzt werden. Auskunft zum Erwerb der Abfallsäcke über autorisierte Händler gibt der Abfallentsorgungsverband. Abfallsäcke dienen nicht als Ersatz für unzureichendes Abfallbehältervolumen.

(9) Abfälle dürfen nicht in Abfallbehälter eingefüllt werden, die dem Anschlusspflichtigen eines anderen Grundstücks zur Verfügung gestellt worden sind.

(10) Restabfälle dürfen nicht verpackt oder unverpackt bei anderen Abfallsammlungen zur Abholung bereitgestellt werden.

## § 18

### Abfälle aus medizinischen Einrichtungen

Abfälle zur Beseitigung mit den AVV-Abfallschlüsselnummern 18 01 01, 18 01 04, 18 02 01 und 18 02 03, die spezifisch im Zusammenhang mit der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung oder Forschung sowie bei der Pflege in Krankenhäusern, Sozialstationen, Pflegeheimen, Arzt- oder Tierarztpraxen oder vergleichbaren Einrichtungen entstehen, sind in den dafür zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen.

## § 19

### Bau- und Abbruchabfälle

(1) Bau- und Abbruchabfälle aus privaten Haushalten wie z.B.:

1. Fliesen und Keramik,
2. Glas,
3. Kunststoff,
4. Holz,
5. teerhaltige Produkte,
6. Dachpappe,
7. anderes Dämmmaterial,
8. asbesthaltige Baustoffe,
9. gemischte Bau- und Abbruchabfälle

können über die Wertstoffhöfe des Abfallentsorgungsverbandes entsorgt werden.

(2) Verwertbare Bestandteile, insbesondere Beton, Ziegel, Steine, Holz, Kunststoffe, Metall und Pappe sowie Erdaushub sind an der Baustelle getrennt zu halten und der Verwertung zuzuführen.

## § 20

### Klärschlamm

Klärschlamm wird durch den Abfallentsorgungsverband beseitigt, wenn der Klärschlamm durch den Abwasserbeseitigungspflichtigen für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufbereitet ist. Dafür ist ein Trockensubstanzgehalt von mindestens 35% erforderlich.

Separierter Klärschlamm aus biologischen Kleinkläranlagen kann im Rahmen der Hausmüllentsorgung beseitigt werden.

## § 21

### Vorhaltung von Restabfallbehältern

(1) Der Anschlusspflichtige hat vom Abfallentsorgungsverband ein Restabfallbehältervolumen anzufordern, zu übernehmen und für die Benutzung bereitzuhalten, das ausreicht, um die gesamten, innerhalb des Abfuhrzeitraumes nach § 22 auf seinem Grundstück regelmäßig anfallenden und der Entsorgungspflicht durch den Abfallentsorgungsverband unterliegenden Restabfälle ordnungsgemäß aufnehmen zu können.

(2) Bei Grundstücken, die ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt werden, erfolgt die Bemessung des bereitgestellten Mindestbehältervolumens anhand der Zahl der auf dem Grundstück mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeten Personen. Pro Per-

son wird ein Behältervolumen von 5 Liter pro Person und Woche zugrunde gelegt. Art, Anzahl und Zweck der Behälter werden vom Abfallentsorgungsverband nach Anhörung des Verpflichteten festgelegt. Mindestens ist jedoch ein zugelassener Abfallbehälter je Grundstück vorzuhalten.

(3) Bei gewerblich oder freiberuflich und bei anderen nicht zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken und Einrichtungen, wie z.B. öffentlichen Verwaltungen, Vereinshäusern, Schwimmbädern, Schulen, Kirchen u. ä. Einrichtungen sowie bei Erholungsgrundstücken und in Kinder- und Altenheimen, sind die Abfallbehälter von dem Anschlusspflichtigen bzw. Benutzungspflichtigen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf für die nach der GewAbfV überlassungspflichtigen Abfälle anzufordern. Die erforderlichen Abfallbehälter werden durch den Abfallentsorgungsverband bereitgestellt. Mindestens ist ein zugelassener Abfallbehälter vorzuhalten. Der Abfallentsorgungsverband behält sich vor, falls die vom Anschlusspflichtigen bzw. die von ihm oder dem Beauftragten beantragten Behälter nach Volumen und/oder Anzahl nicht ausreichen, die im Einzelfall erforderliche Anzahl zuzuweisen.

(4) Für gemischt genutzte Grundstücke erfolgt die Bemessung des bereitzustellenden Mindestvolumens entsprechend der jeweiligen Nutzung anhand der auf dem Grundstück mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeten Personen entsprechend Abs. 2 und nach dem tatsächlichen Bedarf entsprechend Abs. 3. Auf Antrag kann auf diesen Grundstücken ein gemeinsamer Abfallbehälter genutzt werden, sofern die Menge Abfall aus der nicht-privaten Lebensführung 20 Liter pro Woche nicht übersteigt.

(5) Reicht das gemäß Abs. 2 bis 4 übernommene und vorgehaltene Restabfallbehältervolumen im Einzelfall nicht aus, so hat der Abfallbesitzer die überschüssigen Abfallmengen in den vom Abfallentsorgungsverband zugelassenen Abfallsäcken zur Abholung bereitzustellen.

(6) Reicht das gemäß Abs. 2 bis 4 übernommene und vorgehaltene Restabfallbehältervolumen regelmäßig nicht zur Aufnahme der auf dem Grundstück anfallenden Abfälle aus, so kann der Abfallentsorgungsverband dem Anschlusspflichtigen die Übernahme eines erforderlichen Behältervolumens vorschreiben. Der Anschlusspflichtige hat bei Bedarf für regelmäßig anfallende Abfälle Behälter beim Abfallentsorgungsverband anzufordern.

(7) Bei vorübergehendem Anfall von Abfällen zur Beseitigung anlässlich der Durchführung von Veranstaltungen wie Märkten, Konzerten, saisonalen Veranstaltungen, Stadt- und Dorffesten usw. sind die verantwortlichen Veranstalter verpflichtet, beim Abfallentsorgungsverband spätestens 12 Werktage vor Beginn die zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung während der Veranstaltung erforderlichen Abfallbehälter zu beantragen. Der Abfallentsorgungsverband kann die Abfallbehälter entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf zuweisen.

### III. Abschnitt

#### Häufigkeit und Zeit der Abfuhr

##### § 22

#### Häufigkeit und Zeit der Abfuhr der Abfallbehälter

(1) Die regelmäßige Abfuhr der Abfallbehälter und Säcke erfolgt an Werktagen in der Zeit zwischen 6.30 Uhr und 21.30 Uhr.

(2) Der Abfallentsorgungsverband gibt die Abfuhrtage und Änderungen bekannt.

(3) Die Leerung der Abfallbehälter erfolgt nicht, wenn die Abfallbehälter nicht nach § 25 ordnungsgemäß bereitgestellt sind und die Behälterstandplätze oder Zugänge nicht den Anforderungen nach § 26 entsprechen.

(4) Fällt der planmäßige Sammeltag auf einen gesetzlichen Feiertag, können die Abfälle auch an einem vorhergehenden oder nachfolgenden Tag eingesammelt werden. Unterbleibt das Einsammeln des Abfalls am Sammeltag, wird es im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten vor dem nächsten Sammeltag nachgeholt.

(5) Die Restabfallbehälter mit einem Fassungsvermögen von 80 Liter, 120 Liter und 240 Liter werden in der Regel 14-tägig

zu den gleichen Wochentagen entleert. Der Abfallentsorgungsverband kann im Einzelfall oder in bestimmten Abfuhrbereichen Abweichungen hiervon festlegen. Diese werden ortsüblich bekannt gegeben.

(6) Die Restabfallbehälter mit einem Fassungsvermögen ab 660 Liter können zweimal wöchentlich, wöchentlich oder 14-tägig entleert werden.

(7) Die Behälter für Altpapier werden in der Regel 4-wöchentlich entleert.

(8) Die Behälter für Bioabfall werden in der Regel 14-tägig zu den gleichen Wochentagen entleert. Abweichend von Satz 1 kann für die Entleerung der Behälter für Bioabfall bei wohnungsbewirtschaftenden Betrieben ein wöchentlicher Entleerungsrhythmus festgelegt werden.

### § 23

#### Bereitstellung von Sperrmüll, Schrott und Elektroaltgeräten und Zeit für die Abfuhr

(1) Sperrmüll (§ 16), Schrott (§ 12) und Elektroaltgeräte (§ 13) sind getrennt vom Besitzer frühestens am Vorabend des Abfuhrtages und bis spätestens 6.30 Uhr am Abfuhrtag bereitzustellen.

(2) Sperrmüll, Schrott und Elektroaltgeräte sind unfallsicher vor dem angeschlossenen Grundstück an der nächstgelegenen Haltemöglichkeit des Sammelfahrzeuges bereitzustellen. Der Abfallentsorgungsverband kann die Bereitstellungsstelle gesondert festlegen. Der Straßenverkehr darf durch die Bereitstellung nicht behindert werden. Die Verladung muss ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust durch zwei Personen von Hand gefahr- und schadlos möglich und auch im Übrigen zumutbar sein.

### IV. Abschnitt

#### Gemeinsame Vorschriften zu den Abfallbehältnissen

##### § 24

#### Behältergrößen

Typ	Max. Füllvolumen	Max. Füllgewicht	Behälterereinsatz			
			Restabfall	Papier/Pappe	Bioabfall	Gesundheitswesen
Abfallbehälter 80 Liter	80 Liter	32 kg	X			
Abfallbehälter 120 Liter	120 Liter	48 kg	X		X	
Abfallbehälter 240 Liter	240 Liter	96 kg	X	X	X	X
Abfallbehälter 660 Liter	660 Liter	264 kg	X			X
Abfallbehälter 1100 Liter	1100 Liter	440 kg	X	X		X
Sack für Restabfall	70 Liter		X			
Laubsack	80 Liter	25 kg			X	
VAT- Behälter (Einwegbox),	30 Liter					X

Nach Absprache sind auch Behälter und Pressbehälter mit größeren Fassungsvermögen als 1.100 Liter sowie Spezialabfallbehälter zugelassen. Der Abfallentsorgungsverband kann andere Abfallbehälter allgemein oder im Einzelfall zulassen.

##### § 25

#### Bereitstellung der Abfallbehältnisse

(1) Der Anschlusspflichtige muss die Abfallbehältnisse mit einem Fassungsvermögen bis einschließlich 240 Liter zur Leerung neben dem Fahrbahnrand vor dem angeschlossenen Grundstück geschlossen bereitstellen.

Radwege dürfen nicht verstellt werden. Die Aufstellung muss so erfolgen, dass Fahrzeuge und Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden und dass der Abtransport ohne Schwierigkeit und Zeitverlust möglich ist.

(2) Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen von mehr als 240 Litern werden vom Abfallentsorgungsverband oder den von ihm beauftragten Unternehmen von ihren Standplätzen abgeholt oder am Standplatz entleert, wenn die Behälterstandplätze und Beförderungs- bzw. Fahrwege auf den hierbei zu benutzenden Grundstücken den Anforderungen des § 26 dieser Satzung entsprechen. Im Fall von verschlossenen Standplätzen sind dem Abfallentsorgungsverband kostenlose Schlüssel in ausreichender Anzahl zu überlassen. Für Verlust und Verschleiß dieser Schlüssel übernimmt der Abfallentsorgungsverband keine Haftung.

(3) Die Abfallbehältnisse dürfen frühestens am Vorabend der Entleerung, spätestens jedoch bis 6.30 Uhr am Tag der Entleerung und nur jeweils einmal bereitgestellt werden. Sie sind nach der Entleerung unverzüglich wieder von der öffentlichen Verkehrsfläche zu entfernen.

(4) Ist die Befahrbarkeit einer Verkehrsanlage aus tatsächlichen Gründen ständig oder vorübergehend mit Sammelfahrzeugen nicht oder nur unter Gefährdung der mit der Sammlung und dem Transport beauftragten Bediensteten des Abfallentsorgungsverbandes oder beauftragten Personen möglich, sind die jeweiligen Behältnisse an einer mit Sammelfahrzeugen gefahrlos befahrbaren öffentlichen Verkehrsanlage zur Abfuhr bereitzustellen. Im Zweifel entscheidet der Abfallentsorgungsverband über den Ort der Bereitstellung und die Zumutbarkeit der Transportentfernung zum Bereitstellungsplatz. Vor der Entscheidung nach Satz 2 ist der Anschlusspflichtige dazu anzuhören.

(5) Vom Abfallentsorgungsverband zugelassene Abfallsäcke und Laubsäcke werden bei der Hausmüllsammlung bzw. bei der Bioabfallsammlung eingesammelt, wenn sie gemäß Abs. 1 zugebunden bereitgestellt sind.

(6) Nicht sachgerecht befüllte Abfallbehälter nach § 27 werden nicht geleert.

## § 26

### Behälterstandplätze und Zugänge

(1) Standplätze und Zugänge für Abfallbehälter müssen so beschaffen sein, dass das Aufstellen, Befüllen und Abholen bzw. Entleeren der Behälter leicht sowie gefahr- und schadlos möglich ist. Die Standplätze und Zugänge sind schnee- und eisfrei zu halten, müssen ausreichend beleuchtet und entwässert sein. Insbesondere müssen

folgende Bedingungen gegeben sein:

1. Der Standplatz für die Abfallbehälter muss befestigt, ebenerdig angelegt sein und über eine ausreichende Stellfläche für die jeweils verwendeten Abfallbehälter verfügen.
2. Die Abfallbehälter dürfen nicht in einer Vertiefung stehen.
3. Der Zugang von der von Sammelfahrzeugen befahrenen Straße zum Standplatz muss befestigt und verkehrssicher sein. In Sackgassen muss eine Wendemöglichkeit für das Sammelfahrzeug vorhanden und jederzeit benutzbar sein.
4. Der Transportweg muss eben und frei von Treppen und Stufen sein sowie eine trittsichere Oberfläche haben. Der Transportweg soll kein Gefälle haben.
5. Die Durchgänge des Transportweges für zweirädrige Abfallbehälter müssen mindestens 2 m hoch und 0,8 m breit sein. Etwaige Türen müssen festgestellt werden können. Gebäudedurchgänge und Türen zu den Abstellplätzen für vierrädrige Abfallbehälter müssen mindestens 2 m hoch und 1,50 m breit sein.
6. Der Transportweg vom Standplatz bis zur Fahrbahngrenze darf nicht länger als 15 m sein. Längere Transportwege bedürfen einer besonderen Zulassung durch den Abfallentsorgungsverband.

(2) Liegen die in Abs. 1 genannten Bedingungen nicht vor, so sind die Abfallbehälter zur Entleerung neben dem Fahrbahnrand

vor dem angeschlossenen Grundstück bereitzustellen und nach der Entleerung selbstständig wieder zurückzubringen.

(3) Im Zweifel behält sich der Abfallentsorgungsverband vor, den Standplatz festzulegen.

## § 27

### Behandlung der Abfallbehälter

(1) Der Anschlusspflichtige muss dafür sorgen, dass die Abfallbehälter in einem gebrauchsfähigen, sauberen und unfallsicheren Zustand erhalten und sorgfältig verwahrt werden. Die Beschädigung oder der Verlust von Abfallbehältern ist dem Abfallentsorgungsverband unverzüglich anzuzeigen.

(2) Abfälle sind so in die Abfallbehälter einzufüllen, dass deren Beschädigung ausgeschlossen und eine einwandfreie Entleerung mit den üblichen Verfahren mühelos und gefahrlos möglich ist. Insbesondere ist das Einschlämmen oder Einpressen von Abfällen mit mechanischen Hilfsmitteln in die Abfallbehälter unzulässig. Es ist untersagt, heiße Asche und andere glühende oder brennende Gegenstände in die Abfallbehälter einzufüllen. Ein Anfrieren der Abfälle im Winter ist durch geeignete Maßnahmen der Abfalleinfüllung und Aufstellung des Behälters zu verhindern. Nicht ordnungsgemäß gefüllte Restabfallbehälter mit nicht zugelassenen Abfällen und Behälter mit festgefrorenem Abfall werden nicht entsorgt. Es besteht in diesen Fällen kein Anspruch auf Gebührenreduzierung. Das gleiche gilt, wenn der Restabfallbehälter nicht vollständig entleert wird, weil die Abfälle festgefroren sind oder verdichtet wurden. Die Deckel der Abfallbehälter müssen jederzeit vollständig schließbar sein. Das Abstellen von Abfällen neben den Behältern ist nicht zulässig.

(3) Für schuldhaft verursachten Schaden an Abfallbehältern oder deren Verlust haftet der Anschlusspflichtige.

(4) Abfallbehälter mit einem Füllvolumen von 80 bis 1.100 Liter können mit einem elektronischen Chip ausgestattet werden, der der Identifizierung des Abfallbehälters, der Zuordnung der Abfallbehälter zu den Grundstücken und der Registrierung des Leerungsvorganges dient. Das Entfernen bzw. Zerstören der Chips der Abfallbehälter ist verboten.

## § 28

### Wertstoffhöfe

(1) Der Abfallentsorgungsverband betreibt mehrere Wertstoffhöfe. Einwohner und Kleingewerbebetriebe können Abfälle begrenzt auf haushaltsübliche Mengen abgeben.

(2) Weiteres regelt die Benutzerordnung des jeweiligen Wertstoffhofes. Für die Abnahme der Abfälle können Beschränkungen nach Art, Menge, Vorbehandlung, Verpackung und Anlieferzeit in der Benutzerordnung vorgesehen werden.

## V. Abschnitt

### Nebenbestimmungen

## § 29

### Unterbrechung der Entsorgung

Wird die Entsorgung von Abfällen infolge betrieblicher Belange des Abfallentsorgungsverbandes oder der von ihm beauftragten Dritten durch Streik oder höhere Gewalt vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so hat der an die Entsorgung angeschlossene Grundstückseigentümer bzw. der Abfallbesitzer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Gebührenermäßigung. Die Abfuhr wird so bald wie möglich nachgeholt.

## § 30

### Anfallzeitpunkt und Eigentumsübergang

(1) Als angefallen zum Einsammeln und Befördern gelten Abfälle, die in zulässiger Weise gem. § 8 bis § 27 bereitgestellt bzw. der Sammelstelle übergeben sind.

(2) Als zum Behandeln, Lagern und Ablagern in den Abfallentsorgungsanlagen angefallen gelten Abfälle, sobald sie in zuläs-

siger Weise auf das Gelände der entsprechenden Abfallentsorgungsanlage verbracht worden sind.

(3) Die Abfälle gehen in das Eigentum des Abfallentsorgungsverbandes über und gelten als überlassen, sobald sie sich im oder auf dem Beförderungsfahrzeug befinden oder bei den Abfallentsorgungsanlagen des Verbandes oder beauftragter Dritter angenommen sind.

(4) Der Abfallentsorgungsverband ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.

(5) Unbefugten ist nicht gestattet, zur Einsammlung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder mitzunehmen.

## § 31

### Mitteilungs- und Auskunftspflicht, Betretungsrecht

(1) Die Anschlusspflichtigen nach § 5 sowie die Abfallerzeuger und -besitzer haben alle Tatsachen, die den Anschluss- und Benutzungszwang nach § 5 begründen oder verändern, unverzüglich dem Abfallentsorgungsverband anzuzeigen. Dabei sind insbesondere Art und Menge des voraussichtlich anfallenden Abfalls, die Nutzungsart des Grundstücks sowie die Anzahl der auf dem Grundstück mit Haupt- und Nebenwohnsitz gemeldeten Personen und die Daten für die Berechnung der Einwohnergleichwerte anzugeben. Dies gilt auch bei Veränderung der Umstände, die zu einer Ausnahme vom Anschlusszwang nach § 6 geführt haben.

(2) Tritt ein Wechsel in der Person des Anschlusspflichtigen ein, so hat der bisherige Anschlusspflichtige dieses schriftlich dem Abfallentsorgungsverband mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung ist auch der neue Anschlusspflichtige verpflichtet.

(3) Unbeschadet der Abs. 1 bis 2 kann der Abfallentsorgungsverband vom Anschlusspflichtigen sowie den Abfallerzeugern und -besitzern jederzeit Auskunft über die für die Überlassungspflicht i. S. d. § 17 Abs. 1 KrWG wesentlichen Umstände verlangen.

(4) Die nach § 5 Anschlusspflichtigen sind verpflichtet, das Betreten von Grundstücken zum Zwecke der Aufstellung und Kontrolle der Abfallbehälter, der Abfallsammlung und zur Überwachung der Getrennthaltung und Verwertung von Abfällen zu dulden.

(5) Der Abfallerzeuger hat dem Abfallentsorgungsverband auf Verlangen alle Belege über die Verwertung und Beseitigung aller anfallenden Abfälle vorzulegen.

## § 32

### Benutzungsgebühren und -entgelte

Der Abfallentsorgungsverband erhebt für die Inanspruchnahme der Einrichtungen der Abfallentsorgung Gebühren nach Maßgabe der Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung im Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster (Abfallgebührensatzung). Er erhebt Entgelte nach Maßgabe einer Entgeltordnung.

## § 33

### Bekanntmachungen

Amtliche Bekanntmachungen nach dieser Satzung erfolgen in den Amtsblättern der Landkreise Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz.

## § 34

### Modellversuche

Zur Erprobung neuer Abfallentsorgungssysteme kann der Abfallentsorgungsverband Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung einführen.

## § 35

### Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 4 Abs. 4 dem Abfallentsorgungsverband nach § 4 Abs. 1 ausgeschlossene Abfälle zum Einsammeln und Befördern überlässt;

2. entgegen § 4 Abs. 3 Satz 2 der Verpflichtung nicht nachkommt, die Abfälle so auf seinem Grundstück zu lagern, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird;
3. entgegen § 5 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfallentsorgung anschließt;
4. entgegen § 5 Abs. 4 die Abfallentsorgung des Abfallentsorgungsverbandes nicht benutzt;
5. entgegen § 5 Abs. 4 Abfälle nicht dem Abfallentsorgungsverband überlässt, soweit für die Abfälle die Überlassungspflicht gem. § 17 KrWG besteht, diese der Entsorgungspflicht des Abfallentsorgungsverbandes unterliegen und die Entsorgung nicht gemäß § 4 ausgeschlossen ist;
6. entgegen § 7 Abs. 1 und 2 der Verpflichtung nicht nachkommt, die in § 7 Abs. 1 genannten Abfälle dem Abfallentsorgungsverband getrennt zu überlassen;
7. entgegen § 8 Abs. 2 in die Papierbehälter andere Abfälle als Papier oder Pappe einwirft;
8. entgegen § 8 Abs. 3 Altpapier und sonstige Abfälle neben den Abfallbehältern ablagert;
9. entgegen § 9 Abs. 1 andere Abfälle als Verpackungsabfälle in die Sammelsysteme einwirft;
10. entgegen § 11 Abs. 7 andere Abfälle als biologisch abbaubare Abfälle in den Sammelbehälter einwirft;
11. entgegen § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 9 und § 16 Abs. 7 der Verpflichtung, bei der Schrott- und Metallsammlung, der Elektroaltgerätesammlung und der Sperrmüllsammlung zurückgelassene Abfälle unverzüglich ordnungsgemäß zu entfernen, nicht nachkommt;
12. entgegen § 13 Abs. 10 Elektroaltgeräte in Abfallbehältern entsorgt;
13. entgegen § 15 Abs. 1 die gefährlichen Abfälle aus privaten Haushaltungen nicht an den mobilen Annahmestellen (Schadstoffmobil) des Abfallentsorgungsverbandes abgibt;
14. entgegen § 16 Abs. 1 und 2 Abfälle, die kein Sperrmüll sind, zum Einsammeln und Befördern durch die Sperrmüllabfuhr bereitstellt;
15. entgegen § 17 Abs. 5 Restabfälle nicht in den zugelassenen Restabfallbehältern sammelt und zur Entsorgung bereitstellt;
16. entgegen § 17 Abs. 6 andere Stoffe in Restabfallbehälter einfüllt;
17. entgegen § 17 Abs. 9 als Abfallbesitzer bei ihm angefallene Abfälle unberechtigt in Abfallbehälter einfüllt, die dem Anschlusspflichtigen eines anderen Grundstückes zur Verfügung gestellt worden sind;
18. entgegen § 17 Abs. 10 Restabfälle verpackt oder unverpackt bei anderen Abfallsammlungen zur Abholung bereitstellt;
19. entgegen § 21 Abs. 1 bis 4 als Anschlusspflichtiger keinen Behälter bzw. ein zu geringes Behältervolumen anfordert, übernimmt und für die Benutzung bereithält;
20. entgegen §§ 24, 25 Abfälle in nicht vom Abfallentsorgungsverband zur Verfügung gestellten Behältern oder lose zum Einsammeln und Befördern bereitstellt;
21. entgegen § 25 Abs. 3 Abfallbehälter nach der Entleerung nicht wieder unverzüglich von den öffentlichen Verkehrsflächen entfernt;
22. entgegen § 27 Abs. 2 Abfallbehälter befüllt, insbesondere Abfälle einschlämmt oder mit mechanischen Hilfsmitteln in die jeweiligen Behälter einpresst oder brennende, glühende oder heiße Abfälle einfüllt oder Abfälle neben den Behältern abstellt;
23. entgegen § 30 Abs. 5 die zur Einsammlung bereitgestellten Abfälle durchsucht oder mitnimmt;
24. entgegen § 31 Abs. 1 nicht alle Tatsachen, die den Anschluss- und Benutzungszwang nach § 5 begründen oder verändern, unverzüglich dem Abfallentsorgungsverband anzeigt.
25. entgegen § 31 Abs. 2 den Wechsel in der Person des Anschlusspflichtigen dem Abfallentsorgungsverband nicht mitteilt.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit Geldbußen bis zu 50.000,00 Euro geahndet werden.

### § 36

#### Anordnungen für den Einzelfall

Der Abfallentsorgungsverband kann für die ihm nach § 2 der Verbandssatzung übertragenen Aufgaben zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. §§ 62 und 69 KrWG sowie §§ 42 ff. Bbg-AbfBodG bleiben unberührt.

### § 37

#### In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit Ausnahme des § 9 Abs. 2 und des § 11 am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Der § 9 Abs. 2 und

der § 11 treten am 1. Januar 2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abfallentsorgung im Gebiet des Abfallentsorgungsverbandes „Schwarze Elster“ (Abfallentsorgungssatzung) vom 25. März 2009 einschließlich ihrer Änderung vom 7. November 2012 außer Kraft.

Lauchhammer, 24. September 2018

gez. Dr. Bernd Dutschmann  
Verbandsvorsteher

(Siegel)

\* Die Abfallarten, deren Abfallschlüssel mit einem Sternchen (\*) versehen sind, sind gefährliche Abfälle im Sinne des § 48 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

---

## Ende der Bekanntmachungen anderer Behörden und Verbände

---

### Das nächste Amtsblatt

Das nächste **Amtsblatt** erscheint am 30. Oktober 2018. Abgabetermin für Veröffentlichungen ist der 28. Oktober 2018, bis spätestens 10 Uhr beim Landkreis Elbe-Elster, Pressestelle, Ludwig-Jahn-Straße 2 in 04916 Herzberg.  
E-Mail: [amtsblatt@lkee.de](mailto:amtsblatt@lkee.de)